

Stadtkämmerer Dieter Zeeb

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

die Situation zum Haushalt 2008 stellt sich in kurzen Worten wie folgt dar: Der Konjunkturmorgen hat sich aufgehellt, die Steuereinnahmen fließen – eigentlich beste Voraussetzung für umfangreiches kommunales Handeln. Aber es fehlt immer mehr im investiven Bereich an den Umsetzern, sprich es mangelt verstärkt an Baufirmen, die die städtischen Vorhaben durchführen. Die logische Folge sind steigende Preise mit dem Ergebnis, dass die Währungshüter aus Angst vor einer hohen Inflation verstärkt auf die Zinsbremse treten.

Die erfreuliche Konjunkturentwicklung führte im Jahr 2006 zu einer Trendwende. Die Steuerspirale, die sich über ein halbes Jahrzehnt nach innen entwickelt hat, d. h. das Aufkommen wurde immer geringer, hat sich nach außen gedreht und eine unwahrscheinliche Dynamik aufgenommen. Seither werden die Prognosen der Steuerschätzer von Halbjahr zu Halbjahr deutlich übertroffen. Gleichzeitig entwickelt sich der Arbeitsmarkt positiv, sodass an dieser Front auch eine deutliche Entlastung eintritt. Dies gilt allerdings leider nicht für die Entwicklung der Sozialhilfe in unserem Landkreis, wie wir am Montag bei einer Einbringung des Kreishaushaltes gehört haben. Die Entlastung der Staatshaushalte wie auch die der Kommunen ist allgemein vernehmbar. Das Innenministerium fühlte sich aufgrund dieser Rahmenbedingungen in der Lage, bereits am 05.07.2008 den durchweg positiven Haushaltserlass für das Jahr 2008 zu erlassen.

Im Hinblick auf die mit Schätzungen verbundenen Unsicherheiten und im Hinblick auf die Übernahme zusätzlicher langfristiger Ausgabenverpflichtungen hat das Innenministerium auf die von den Finanzministern von Bund und Ländern festgelegten Konsolidierungsthesen hingewiesen.

Sie lauten:

- trotz Aufschwung keine Entwarnung für die öffentlichen Haushalte
- die Reduzierung der Verschuldung hat Vorrang
- neue Maßnahmen nur bei Entlastung an anderer Stelle
- verlässliche Steuereinnahmen sind unverzichtbar
- Haushaltskonsolidierung lohnt sich

Mir sei die Anmerkung erlaubt, dass diese Thesen, so sehr ich hinter ihnen stehe, für Heidenheim zumindest teilweise doch etwas spät kommen, sonst hätten wir nicht bereits in der Klausurtagung am 2002 in Nördlingen eine Verschuldungsobergrenze festgelegt. Weiter werden mit dem Haushalt für die Jahre 2008 bis 2011 ohne eine Nettoneuverschuldung die finanziellen Rahmenbedingungen für weitreichende Investitionen geschaffen. Der Einsatz von 20 Mio. Euro als Finanzierungsmittel über einen Zeitraum von 10 Jahren garantiert eine Kontinuität in der Investitionstätigkeit. Die bessere Finanzausstattung der Stadtwerke Heidenheim AG durch die Erhöhung des Grundkapitals zur Stärkung ihrer Marktposition, die Erfolge der internen Verwaltungsreform mit der Einführung der erfolgreichen flächendeckenden Budgetierung – dies alles zeugt von einem verantwortungsbewussten Handeln von allen Beteiligten im Hinblick auf die kontinuierliche Entwicklung unserer Stadt.

Die allgemein positiven Rahmenbedingungen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch wir noch einige mit Risiken verbundenen Baustellen haben. Ich denke nur daran, dass die angenommene Lohnerhöhung nicht mit den Vorstellungen der Gewerkschaft übereinstimmt, dass im Energiesektor die Preise davon laufen und die Liberalisierung im Energiemarkt nicht die erwarteten Ergebnisse brachte.

Kurzfristigen Erfolgen bei der Preisentwicklung stehen heute deutliche Steigerungen gegenüber, zudem sind durch die Öffnung der Märkte die Großen noch größer geworden. Durch die Liberalisierung werden wir trotz aller gegenteiligen Behauptungen der Politiker Einbrüche bei der Konzessionsabgabe haben.

Weiter bringt uns die Unternehmenssteuerreform 2008 einen Einnahmeausfall bei der Gewerbesteuer. Deshalb wurde der Ansatz mit 18,5 Mio. Euro unter dem des Jahres 2007 gewählt. Diese Unternehmenssteuerreform ergab schlussendlich eine Beibehaltung der Gewerbesteuer, das bedeutet, dass das ursprüngliche Ziel einer Verstetigung der Einnahmen mit dem Festhalten an der ertragsabhängigen Komponente nicht erreicht werden konnte. Aus heutiger Sicht konnte den Städten und Gemeinden nichts besseres als der Erhalt der Gewerbesteuer geschehen, vor wenigen Jahren war es aber noch deutlich anders. In den ersten Jahren der Reform sind bei den Kommunen Steuerausfälle zu verzeichnen, die sich erst in 4 Jahren dann in ein Plus umkehren sollen. Ob dies so eintritt, ist bei den zahlreichen vagen Schätzungen für die Gegenfinanzierung nicht sicher, zumal nicht abzusehen ist, ob nicht wie schon so oft geschehen, gewisse Ausgleichsmechanismen in ein, zwei Jahren wieder aufgehoben werden. Gravierendste Änderung bei der Gewerbesteuer ist die Senkung der Steuermesszahl von 5 % auf 3,5 %, also um 30 %, was einem Ausfall für die Kommunen von 7,3 Mrd. Euro pro Jahr entspricht.

Haushaltsvolumen

Das Rekordhaushaltsvolumen von 213,4 Mio. Euro mit einer Steigerung von 73,6 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr ist deutlich geprägt durch den Mittelzufluss aus dem Verkauf der GBH-Aktien. Aus dieser Transaktion werden 39 Mio. Euro als zusätzliche Dividendenerlöse im Verwaltungshaushalt eingenommen und über die Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt weitergeleitet. 1 Mio. Euro dient der Finanzierung des Vermögenshaushalts

2008, 38 Mio. Euro werden am Jahresende für die Folgejahre gebunden sein. Aus diesen Mitteln sollen der Stadtwerke Heidenheim AG und der Entwicklungsgesellschaft Schlossberg GmbH & Co. KG 10 bzw. 3 Mio. Euro als Gesellschafterdarlehen gewährt werden. 25 Mio. Euro sind somit noch in der Allgemeinen Rücklage zu binden und dieser zuzuführen. Die tatsächliche Rücklagenzuführung fällt aber um die ursprünglich geplante Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage zur Finanzierung des Haushalts 2008 geringer aus. In der Übersicht über den Rücklagenstand auf Seite 574 sind aber 25 Mio. Euro als gebundene Mittel ausgewiesen.

Von dem bereits erwähnten Gesamtvolumen entfallen 154,75 Mio. Euro auf den Verwaltungshaushalt und 58,65 Mio. Euro auf den Vermögenshaushalt. Die Steigerung des Verwaltungshaushalts gegenüber dem Vorjahr beträgt 44,5 Mio. Euro, der Vermögenshaushalt verdoppelt sich fast von 29,5 auf 58,7 Mio. Euro.

Der Verwaltungshaushalt erhöht sich nach Bereinigung durch die Dividenderlöse um rund 5,5 Mio. Euro. Das Volumen des Vermögenshaushalts ist wiederum geprägt durch die Sondereinflüsse des Dividendenverkaufs und zwar für die Rücklagenzuführung mit knapp 12 Mio. Euro und die Gewährung von Darlehen mit 13 Mio. Euro, also rund 25 Mio. Euro. Ohne diese Sondereinflüsse läge das Haushaltsvolumen bei rund 33,8 Mio. Euro, ein Rekordwert.

Verwaltungshaushalt

Die bereits angesprochene fiktive Erhöhung des Verwaltungshaushalt um 5,5 Mio. Euro ist ein Zeichen dafür, dass sich die positiven Konjunkturdaten nun auch im Steueraufkommen auswirken. Dabei wurde der Ansatz für die Gewerbesteuer aus der bereits erwähnten Auswirkung der Unternehmenssteuerreform um 1,5 Mio. Euro gekürzt. Trotzdem ist sie höchste Einnahmeposition in unserem Haushalt.

Die Entwicklung der vergangenen Monate gibt mir den Mut zu der Aussage, dass eine Verstetigung des Aufkommens durch die Anpassung der Vorauszahlungen zu erkennen ist. Ein Einpendeln auf dem Niveau um die 20 Mio. Euro wäre eine solide Finanzierungsgrundlage der nächsten Haushalte. Da derzeit keine größeren Veränderungen zu erwarten sind, wurde die Grundsteuer mit 7,2 Mio. Euro auf dem Niveau des Vorjahres eingeplant.

Über ein halbes Jahrzehnt sank das Aufkommen der Einkommensteuer, von der 15 % auf die Kommunen verteilt werden, ein Zeichen für das gesunkene Gesamteinkommen der Bevölkerung. Diese Entwicklung wurde 2006 gestoppt und seither zeigt die Kurve steil nach oben. Konnte das Aufkommen 2007 bereits um 1 Mio. Euro erhöht werden, so sind es 2008 nochmals weitere 1.075.000 Euro, um die sich der Ansatz auf 17,6 Mio. Euro erhöht. Dies entspricht einer Steigerung von 6,5 %.

Die günstige Entwicklung beim Steueraufkommen spiegelt sich auch bei den Schlüsselzuweisungen des Landes wider. Die Investitionspauschale konnte um rund 30 % von 1,2 auf 1,6 Mio. Euro angehoben werden, die Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft um rund 2,6 Mio. Euro auf 14,4 Mio. Euro. Das Gebührenaufkommen bei der Abwassergebühr musste aufgrund gesunkener Wassermengen um 1 Mio. Euro im Rahmen des Nachtrags 2007 gekürzt werden. Die erforderliche Gebührenanpassung mit rund 800.000 Euro soll zumindest die laufenden Gebühren des Jahres 2008 abdecken, dabei wird nicht verkannt, dass auch aus den Jahren 2006 und 2007 noch Verluste zur Verrechnung anstehen.

Die Gewinnausschüttung der Stadtwerke Heidenheim AG mit 42,2 Mio. Euro setzt sich aus den bereits genannten 39 Mio. Euro Sondererlöse und einer laufenden Gewinnausschüttung von 3,2 Mio. Euro zusammen. Das günstige Zinsniveau und der Mittelzufluss von 39 Mio. Euro Mitte 2008 erlaubt es, die Zinseinnahmen um 1 Mio. Euro auf 2,4 Mio. Euro zu erhöhen.

Die weiteren Einnahmen des Verwaltungshaushalts wie auch die meisten Ausgaben mit Ausnahme des Einzelplanes 9 sind Bestandteil der Fachbereichsbudgets. Vorgabe für die Budgetverantwortlichen war, dass die Mittelbereitstellung, außer bei unabwendbaren, nicht beeinflussbaren oder politisch festgelegten Zusatzkosten sich am Vorjahr zu orientieren hat. Obwohl die in den Budgets enthaltenen Personalkosten sich um rund 650.000 Euro steigern und die Kosten durch das vom Gemeinderat beschlossene Konzept „Familie und Beruf – Qualitätsoffensive in Heidenheim“ in das Planwerk aufgenommen wurden, müssen lediglich knapp 200.000 Euro mehr als im Vorjahr für die Budgetfinanzierung bereitgestellt werden. Ein Zeichen dafür, dass die von den Finanzministern ausgegebenen Konsolidierungsthesen bei der Stadt Heidenheim nicht erst heute, sondern schon seit geraumer Zeit praktiziert werden.

In den Budgets werden Ausgaben von rund 64 Mio. Euro getätigt. Es ist deutlich mehr als die Hälfte eines durchschnittlichen Verwaltungshaushaltes. Größten Anteil an diesen Ausgaben haben die Personalkosten mit 26,18 Mio. Euro, es sind knapp 650.000 Euro mehr als im Vorjahr, davon entfallen 470.000 Euro auf eine angenommene Lohnsteigerung von 2,5 % und 180.000 Euro auf die tariflich festgelegten Leistungszulagen. Anzumerken ist, dass die Steigerung gegenüber dem Ursprungsplan 2007 lediglich 400.000 Euro beträgt.

Für die Unterhaltung des städtischen Vermögens gibt die Stadt Heidenheim 5,8 Mio. Euro aus, 200.000 Euro mehr als im Vorjahr; Beleg dafür, dass neben aller Investitionstätigkeit großer Wert auf die Substanzerhaltung gelegt wird. Unser Wirken im Hinblick auf eine konsequente Energieeinsparung zahlt sich nachhaltig aus, konnte aber nicht verhindern, dass bei den Bewirtschaftungskosten eine Steigerung von 1 % auf 3,8 Mio. Euro eingeplant werden musste.

Die Zuweisungen und Zuschüsse an gemeinnützige, mildtätige und kirchliche Einrichtungen steigen um rund 500.000 Euro auf 6,4 Mio. Euro, weitgehend begründet durch die vom Gemeinderat beschlossenen Mehrkosten für das Konzept „Familie und Beruf – Qualitätsoffensive in Heidenheim“. Neben den Zuweisungen an die Kindergartenträger sind hier wie aus der Anlage 3 ersichtlich, zahlreiche Zuschüsse an Institutionen, die insbesondere von ehrenamtlicher Arbeit der Mitglieder leben. Dieses Wirken ist unerlässlich für das Funktionieren des Gemeinwesens „Stadt“. Im Regelfall erfolgt die Unterstützung weitgehend durch die kommunale Seite. Deshalb haben wir mit Freude vernommen, dass nach langjährigen Forderungen mit dem „Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“ Erleichterungen und Vergünstigungen für ehrenamtlich Tätige geschaffen wurden, wobei ich sehr wohl weiß, dass diejenigen, die mit dem Herz bei der Sache sind, nicht unbedingt nach solchen Vergünstigungen schießen.

Nur noch ein kurzer Blick auf die nicht in den Budgets enthaltenen Ausgaben. Im Rahmen des Unternehmenssteuerreformgesetzes 2008 wird der Hebesatz für die Gewerbesteuerumlage 2008 auf 65 % des Messbetrags gegenüber 73 % im Vorjahr festgesetzt. Unter Berücksichtigung des erwarteten, leicht unter dem Vorjahresansatz liegenden Steueraufkommens sind somit rund 1,15 Mio. Euro weniger abzuführen. Die Finanzausgleichsumlage an das Land mit 9,8 Mio. Euro entspricht fast genau dem Ansatz des Vorjahres, die Kreisumlage konnte um 495.000 Euro gekürzt und mit 16.355.000 Euro angesetzt werden. Dies aber nur, weil die Stadt von einer Senkung des Kreisumlagehebesatzes um 1,5%-Punkte auf 37 % ausgeht, der Landkreis rechnet mit 37,5 %. Insgesamt hat die Stadt rund 29,5 Mio. Euro an Umlagen abzuführen. Weiter sind noch 2 Mio. Euro Zinsausgaben eingeplant. Bei einem Schuldenstand von rund 48 Mio. Euro entspricht dies einer Durchschnittsverzinsung von knapp 4,2 %.

Unter dem Strich verbleibt eine Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt von 49 Mio. Euro, bereinigt um die bereits mehrfach erwähnten GBH-Erlöse verbleiben 10 Mio. Euro, ein Wert, der lange Zeit nicht mehr erreichbar erschien. Bei Tilgungen von 1,4 Mio. Euro beträgt somit die Nettoinvestitionsrate 8,6 Mio. Euro. Gegenüber den Vorjahren ein stolzer Wert, gemessen an den Anforderungen des Investitionsprogramms für die folgenden Jahre ein dringend notwendiger, insbesondere wenn der Schuldenstand nicht erhöht werden soll. Wir müssen davon ausgehen, dass diese Zuführungsrate nicht beliebig steigerbar ist, sondern wir uns eher am Kulminationspunkt bewegen, wie auch die an den Orientierungsdaten des Landes ausgerichtete Mittelfristige Finanzplanung zeigt. Diese freie Spitze reagiert auf Konjunkturentwicklungen mit einer gewissen Hebelwirkung – in den vergangenen Jahren positiv – wir müssen uns aber bewusst sein, dass bei einem konjunkturellen Abschwung sie sich schnell in Richtung Mindestzuführung entwickeln kann.

Vermögenshaushalt

Auch ohne die bekannten Sondereinflüsse stellt das Haushaltsvolumen ein Rekordergebnis in den vergangenen 10 Jahren dar, denn bereinigt um die Rücklagenzuführung und die Gewährung von Darlehen, stehen 33,8 Mio. Euro für Investitionen einschließlich Tilgungen zur Verfügung.

Für Hochbaumaßnahmen sind 2008 5,7 Mio. Euro bereitgestellt, davon mehr als 3,7 Mio. Euro für den Schulbereich. Insbesondere ist hier zu nennen die Westschule mit dem 1. Bauabschnitt der Generalsanierung in Höhe von 1,2 Mio. Euro bei Gesamtkosten von 5,3 Mio. Euro sowie die Einrichtung der Ganztageschule im Schiller-Gymnasium mit 1,7 Mio. Euro. Mit der dritten Rate von 200.000 Euro können die Brandschutzmaßnahmen am Werkgymnasium abgeschlossen werden. Ebenso abgeschlossen werden die Baumaßnahmen an der Feuerwache Heidenheim mit 450.000 Euro bei Gesamtkosten von 1.150.000 Euro. Die Max-Planck-Turnhalle erfährt eine

Dacherneuerung um 515.000 Euro, für Brandschutzmaßnahmen der Turn- und Festhalle Großkuchen werden 360.000 Euro bereitgestellt und für Brandschutzmaßnahmen am Albstadion 300.000 Euro.

Auf den Straßenbau entfallen rund 3,8 Mio. Euro. Markantester Ansatz mit 1,2 Mio. Euro sind die Mittel für die Weststadtkreuzung bei Gesamtkosten von 2,4 Mio. Euro. Weiter werden ausgebaut im Bereich „Soziale Stadt Voithsiedlung“ der Amselweg, die Hegelstraße und die restliche Paul-Priem-Straße mit 440.000 Euro, weiter die Richard-Wagner-Straße bis zur Beethovenstraße mit 830.000 Euro, die Steinstraße im Quartier Siechenberg mit 520.000 Euro sowie die Mettenleiterstraße in Großkuchen mit der Restfinanzierung von 200.000 Euro in 2008. Für die ergänzenden Straßenbeleuchtungsinvestitionen sind 325.000 Euro eingeplant.

Von den Gesamtkosten der Abwasserbeseitigung mit 2,5 Mio. Euro entfallen allein 1,5 Mio. Euro auf die Baumaßnahmen im Bereich der Weststadtkreuzung mit der Wedelsanierung. Neben den mit dem Straßenbau korrespondierenden Kanalbaumaßnahmen ist noch der Ausbau in der Schlosshausstraße mit 285.000 Euro zu nennen.

Für die Anschaffung von beweglichen Vermögensgegenständen stehen 1,5 Mio. Euro zur Verfügung. Zu erwähnen sind insbesondere die erste Rate für die Anschaffung eines neuen Feuerwehrfahrzeuges der Abteilung Schnaitheim mit 150.000 Euro, Anschaffungen für die Sportstätten mit 138.000 Euro, für den Brenzpark mit 100.000 Euro sowie für die Städtischen Betriebe mit 346.000 Euro. Für den Schulbereich werden insgesamt 425.000 Euro bereitgestellt, davon entfallen 150.000 Euro auf Ersatzbeschaffungen für das Konzept „Multimedia“ aller weiterführenden Schulen. Diesen Punkt möchte ich zum Anlass nehmen, um auf die Problematik der Anschubfinanzierungen zu verweisen. Wir alle standen hinter dem Programm, das in 4 Jahresraten mit jeweils 250.000 Euro die Multimediaausstattung vorsah. Dass nach Abschluss dieser Maßnahme die Folgekosten

bei 150.000 Euro pro Jahr liegen, darüber hat niemand geredet und dafür müssen wir jetzt in vollem Umfang gerade stehen.

Bei den Investitionszuschüssen ist insbesondere der Zuschuss an die Konzerthaus-GmbH für das Veranstaltungszentrum Schlossberg mit Infrastrukturmaßnahmen in Höhe von 6 Mio. Euro zu nennen. Von den beschlossenen Gesamtkosten mit 24,7 Mio. Euro sind somit 14 Mio. Euro finanziert. Rund 200.000 Euro werden an Investitionszuschüssen für Maßnahmen an Kindergärten gewährt, herausragender Betrag sind 140.000 Euro für die Dach- und Fenstererneuerung einschließlich Wärmedämmung am Kindergarten Friedrich-Ebert-Straße. 93.800 Euro werden an Investitionszuschüssen für Vereinssportanlagen bereitgestellt, 150.000 Euro sind als Planungsrate für die Weiterentwicklung des Albstadions eingesetzt und für die Umwandlung des Rasenplatzes in einen Kunstrasenplatz am Fischerweg 500.000 Euro. Für Kinderspielplätze werden 130.000 Euro benötigt. Rund 4,2 Mio. Euro stellt die Stadt Heidenheim für Sanierungsmaßnahmen zur Verfügung. 2,3 Mio. Euro werden für die weitere Kapitalaufstockung bei der Entwicklungsgesellschaft Schlossberg GmbH & Co. KG finanziert, sowie die Rückbaukosten für das Industriegleis mit 300.000 Euro. Schlussendlich werden für den Erwerb von Grundstücken 1 Mio. Euro und für Tilgungen 4,1 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.

Zur Finanzierung der Investitionen von 33,8 Mio. Euro stehen folgende Einnahmen zur Verfügung: 10 Mio. Euro Zuführung vom Vermögenshaushalt, 4,1 Mio. Euro Zuweisungen und Zuschüsse, 2,4 Mio. Euro Abwasser- und Erschließungsbeiträge sowie Erlöse aus Grundstücksveräußerungen, 1 Mio. Euro aus den GBH-Erlösen, 3,1 Mio. Euro Kreditaufnahmen. Somit fehlen noch 13,2 Mio. Euro, die eigentlich durch eine Rücklageentnahme zu finanzieren wären. Gleichzeitig sind aber von den GBH-Erlösen 39 Mio. Euro nach Abzug von 1 Mio. Euro Bereitstellung für den Haushalt 2008 und 13 Mio. Euro für Gesellschafterdarlehen, also 25 Mio. Euro der Allgemeinen Rücklage zuzuführen. Saldiert mit dem Mittelbedarf in Höhe von

13,2 Mio. Euro werden lediglich noch 11,8 Mio. Euro der Allgemeinen Rücklage zugeführt.

Mit dieser Zuführung weist die Allgemeine Rücklage zum Jahresende 2008 einen voraussichtlichen Bestand von 41,2 Mio. Euro aus. Neben dem Mindestbetrag von 2,2 Mio. Euro und den gebundenen Mitteln aus GBH-Erlösen von 25 Mio. Euro sind noch weitere 3,3 Mio. Euro gebunden, sodass frei verfügbare Mittel am Jahresende 2008 in Höhe von 10,4 Mio. Euro vorhanden sein werden.

Der Schuldenstand kann im Laufe des Jahres 2008 um rund 1 Mio. Euro auf 47,3 Mio. Euro reduziert werden. Es kann sehr wohl die Frage gestellt werden, warum nicht dem Grundsatz Eigenmittel vor Fremdmittel in vollem Umfang Rechnung getragen wird. Hierzu ist anzumerken, dass wir Kreditaufnahmen immer nur nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten getätigt haben und die Ausweisung der Kreditaufnahmen insbesondere für Darlehen zur Förderung von energetischen Maßnahmen an städtischen Gebäuden dient. Diese Darlehen werden in der Regel zinsgünstig von der KfW ausgegeben.

Mittelfristige Finanzplanung

Die Mittelfristige Finanzplanung ist aus der für die Klausurtagung vorgelegten abgeleitet, natürlich auf den aktuellen Stand fortgeschrieben, z. B. um das Sanierungsgebiet Ploucquet-Areal.

Ziel für die Jahre bis 2011 war keine Neuverschuldung auszuweisen. Dies ist bis auf rund 4,6 Mio. Euro gelungen. Für die Größe Heidenheims und den Planungszeitraum von 4 Jahren eine machbare Lösung, keine Nettoverschuldung zu haben. Die Finanzplanung ist wiederum aufgebaut auf geringen Zuwächsen bei den Personal- und Sachkosten, d. h. der Konsolidierung wird nach wie vor ein hoher Stellenwert eingeräumt.

Dies ist auch erforderlich, da die Planung der Steuereinnahmen auf dem derzeitigen hohen Niveau erfolgt ist. Einbrüche auf dieser Seite führen zwangsläufig zur Kürzung des Investitionsvolumens und somit zur zeitlichen Streckung der Investitionen.

Den Schwerpunkt des Investitionsprogramms der Jahre 2009 bis 2011 stellt die Restfinanzierung der Schlossbergbebauung mit 10,7 Mio. Euro dar. Für die Wissenswelt Ostwürttemberg sind 5 Mio. Euro eingeplant, ebenso eine Planungsrate für eine Zentralbibliothek in Höhe von 1 Mio. Euro. Im Schulbereich sind in den folgenden 3 Jahren 12 Mio. Euro Investitionsmittel vorgesehen, insbesondere für Gebäudesanierungen. Für die Verwirklichung weiterer Sportflächen im Rahmen eines PPP-Modells sind 3 Jahresraten mit insgesamt 4,5 Mio. Euro bereitgestellt. Für die Sanierungsgebiete sind weitere 4,5 Mio. Euro vorgesehen. Aus den zahlreichen, aber eigentlich zu wenigen Straßenbau- und Abwasserbeseitigungsmaßnahmen sticht die Wedelsanierung mit weiteren 3,7 Mio. Euro hervor. Insgesamt sind in den Jahren 2009 bis 2011 Investitionsmaßnahmen von mehr als 63 Mio. Euro in der Mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen, ein wirklich anspruchsvolles Programm, das sowohl vom Gemeinderat wie auch von der Verwaltung vollen Einsatz bedarf. Lassen Sie mich kurz auf meinen Vergleich mit der Eisenbahn in der letzten Haushaltsrede zurückkommen, und zwar mit einer Bemerkung: Unser Lokführer streikt nicht, er gibt viel mehr Vollgas und ärgert sich über alle von dritter Seite verordneten Langsamfahrgebote und noch mehr über rote Signale. Für uns alle bedeutet dies, um ein geflügeltes Wort zu gebrauchen, die Schlagzahl ist und bleibt äußerst hoch. Trotz aller Belastungen sind wir über das in den vergangenen Jahren Erreichte nicht nur zufrieden, sondern, ich glaube im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen der gesamten Verwaltung sprechen zu können, auch ein wenig stolz. Um weiter erfolgreich zu bleiben, müssen wir es mit Goethe halten, der sagte: „Das Tun interessiert, das Getane nicht.“ So hart das klingt, aber 93 Mio. Euro Investitionsvolumen in den Jahren 2008 bis 2011 geben dem Zitierten Recht.

Mir bleibt noch allen zu danken, die zum Gelingen dieses Haushaltsplanes beigetragen haben, zuvorderst Herrn Oberbürgermeister Ilg und Herrn Bürgermeister Domberg für die intensiven Vorgespräche und dem Gemeinderat für die Weichenstellung im Rahmen der Klausurtagung, den Kolleginnen und Kollegen, die ihre Budgets ausgleichen bzw. die Investitionen priorisieren mussten. Mein besonderer Dank gilt dem Geschäftsbereichs Finanzverwaltung, an der Spitze Herrn Baumann, der schon den zweiten budgetierten Haushaltsplan auf die Beine gestellt hat. Ich wünsche, dass dieser Haushalt die finanzielle Grundlage für eine weitere gedeihliche Entwicklung der Stadt Heidenheim im Jahr 2008 darstellt.